

INTEGRATION ANSTELLE VON ABSCHRECKUNG - WIE BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN DIE INTEGRATIONSAUFGABE GEMEINSAM VERBESSERN UND SCHAFFEN KÖNNEN

Neue Studie fordert den Fokus der politischen Debatte vom Umgang mit Geflüchteten auf die Integration der Aufgenommenen zu verschieben.

Essen/Berlin, 24.10.2018 – Die heute in Berlin vorgestellte und von der Stiftung Mercator geförderte Studie „Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik – eine Aufgabe für Bund, Länder und Kommunen“ gibt konkrete Empfehlungen, welche Ebene im föderalen Staat welche Aufgabe am effektivsten lösen kann – von der Erstaufnahme über die Asylantragsbearbeitung bis zur Integration von Geflüchteten. Dabei fordern die Autoren der Studie eine klare Fokussierung auf die Integrationsaufgabe der Aufgenommenen und begründen dies mit den aktuellen Zahlen.

Markierte das Jahr 2016 mit 722.000 beim BAMF gestellten Asylerstanträgen den absoluten Höchststand seit Gründung der Behörde im Jahr 1953, so sind die Zahlen mit 198.000 für das Jahr 2017 und 81.800 im ersten Halbjahr 2018 deutlich rückläufig. Übersehen wird in dieser öffentlichen Diskussion allerdings, dass es nach wie vor einen erheblichen Handlungsbedarf bei der Integration der Geflüchteten gibt. Denn: Insgesamt 876.000 Personen erhielten allein von Januar 2015 bis Juni 2018 einen positiven BAMF-Bescheid. „Die aktuellen Diskussionen im Bereich des Asylrechts zum Beispiel zu Transitzentren und Grenzschießungen lenken das Thema in eine falsche Richtung und können – mit Blick auf die Zahlen - auch nicht mehr durch einen hohen Problemdruck begründet werden“, so die Autoren der Studie.

Die Studie der Verwaltungswissenschaftler Prof. Dr. Jörg Bogumil und Prof. Dr. Sabine Kuhlmann sowie des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. iur. Martin Burgi formuliert praktisch umsetzbare Empfehlungen, wie die Aufgabenbereiche von Bund, Landes- und Kommunalebene besser organisiert und weiterentwickelt werden können:

1. Hauptforderung der Studie ist, dass die Länder und Kommunen mehr Aufgaben im Integrationsbereich sowie eine stärkere Koordinierungs- und Steuerungsfunktion übernehmen sollen – insbesondere bei der Durchführung der Integrationskurse und der berufsbezogenen Sprachförderung. Des Weiteren sollten sie auch stärker in die Migrations(erst)beratung eingebunden werden.
2. Die positiven Erfahrungen mit integrierten Verwaltungseinheiten für Migration und Integration sollten zu einer stärkeren Verbreitung des Modells führen.

Seite 1 von 2

Pressekontakt
Cathrin Sengpiehl
Kommunikationsmanagerin Presse
Tel. +49 201 245 22-841
Fax +49 201 245 22-8841
Cathrin.Sengpiehl
@stiftung-mercator.de
www.stiftung-mercator.de

3. Auch das kommunale Fallmanagement zur individuellen Beratung von Geflüchteten hat sich als Best Practice herausgestellt. Hier lautet die konkrete Empfehlung, dass die Kommunen ein zentrales Fallmanagement aufbauen und sich mit anderen Akteuren, wie den Jobcentern oder der Migrationsberatung abstimmen sollen.
4. Der Bund sollte keine Ausweitung seiner Aufgaben im Bereich der Integration anstreben, sondern sich stärker auf die Qualitätssteigerung und -sicherung des Asylverfahrens konzentrieren. Konkret fordern die Autoren einen parlamentarisch eingesetzten unabhängigen Beauftragten für das BAMF einzusetzen, der die Arbeit des BAMF kontrollieren soll.
5. Das Ausländerzentralregister (AZR) muss zur zentralen „Datendrehscheibe“ im Migrationsmanagement ausgebaut werden. Dazu muss die Verwendung der AZR-Nummer als verfahrens- und datenbankübergreifendes Ordnungsmerkmal rechtlich ermöglicht und die elektronische Ausländerakte flächendeckend eingesetzt werden. Die Erstregistrierung sollte durchweg biometrisch erfolgen.
6. Schließlich sollte das Asylprozessrecht punktuell optimiert werden, um die gerichtlichen Verfahren in Asylsachen zu beschleunigen und zu vereinheitlichen.

Seite 2 von 3

Dr. Wolfgang Rohe, Geschäftsführer der Stiftung Mercator führt aus: „Große gesellschaftliche Herausforderungen, wie die Integration von Geflüchteten, benötigen Sachverstand und Besonnenheit. Die von uns geförderte Studie „Bessere Verwaltung in der Migrations- und Integrationspolitik“ gibt praktikable Empfehlungen an Bund, Länder und Kommunen, wie die Integrationsaufgabe noch besser gelingen kann“.

Die Kurzfassung der Studie steht für Sie unter https://www.stiftung-mercator.de/de/publikation/Studie_Verwaltung_Migrationspolitik zur Verfügung.

Bei Fragen sprechen Sie uns gerne an:

Cathrin Sengpiehl, Kommunikationsmanagerin Presse
Stiftung Mercator
Tel: +49 201 245 22-841
Cathrin.Sengpiehl@stiftung-mercator.de

Über die Stiftung Mercator:

Die Stiftung Mercator ist eine private, unabhängige Stiftung. Sie strebt mit ihrer Arbeit eine Gesellschaft an, die sich durch Weltoffenheit, Solidarität und Chancengleichheit auszeichnet. Dabei konzentriert sie sich darauf, Europa zu stärken, den Bildungserfolg benachteiligter Kinder und Jugendlicher insbesondere mit Migrationshintergrund zu erhöhen, Qualität und Wirkung kultureller Bildung zu verbessern, Klimaschutz voranzutreiben und

Wissenschaft zu fördern. Die Stiftung Mercator steht für die Verbindung von wissenschaftlicher Expertise und praktischer Projekterfahrung. Als eine führende Stiftung in Deutschland ist sie national wie international tätig. Dem Ruhrgebiet, der Heimat der Stifterfamilie und dem Sitz der Stiftung, fühlt sie sich besonders verpflichtet.
www.stiftung-mercator.de